

## 5. ordentliche Tagung der V. Synode des BEK in Eisenach

17. September 1989

Hinweis zum bisherigen Verlauf der vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach stattfindenden 5. ordentlichen Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR [Bericht K 3/104]

### Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5370, Bl. 2–8.

### Serie

Ablage K 3 (Kunst, Kultur u. a. Bereiche).

### Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke (3 Exemplare +1), Carlsohn, Mittig, Kienberg, Irmeler (ZAIG), Taube (ZAIG/1).

An der Synodaltagung nehmen 58 der 60 gewählten und berufenen Synodalen sowie alle Bischöfe und die Leiter der kirchlichen Verwaltungseinrichtungen der Gliedkirchen des BEK teil.

Als ökumenische Gäste sind u. a. anwesend der Präses der Synode der Evangelischen Kirchen in Deutschland / BRD, Dr. *Schmude*,<sup>1</sup> die kirchenleitenden Kräfte der EKD/BRD, Bischof Dr. *Jung*<sup>2</sup> und Oberkirchenrat *Heidingsfeld*,<sup>3</sup> sowie Vertreter der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Sowjetunion und des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA, ferner Erzbischof *German*,<sup>4</sup> Exarch des Moskauer Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche, und als Vertreter der Römisch-Katholischen Kirche in der DDR, Bischof *Wanke*/Erfurt.<sup>5</sup>

(*Schmude* sowie Erzbischof *German* und Bischof *Wanke* richteten Grußworte an die Synode. *Schmude* nahm erneut eine Würdigung der »besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland« vor und bezog sich dabei auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Er unterstrich die Notwendigkeit für die Kirche, »gesellschaftliche Verantwortung im Reden und Handeln wahrzunehmen« und versicherte dem BEK die »ständig zum Handeln abrufbare Hilfsbereitschaft« seitens der EKD/BRD. Sein Grußwort nutzte *Schmude* zur Unterstützung des praktizierten Wirkens westlicher Medien im kirchlichen Raum in der DDR und dankte für die »intensive, oft schwierige Berichterstattung« der breiten Darstellung der »Realität kirchlichen Lebens in der DDR«. »Nicht Distanz«, so *Schmude*, »sondern vertrauensvolle Verständigung sollte die Konsequenz aus Irritationen zwischen Medien und Kirche« sein.

Bischof *Wanke* nahm Bezug auf aktuelle Ausreiseprobleme,<sup>6</sup> von denen die Synode überschattet sei. Die katholische Kirche orientiere auf das Bleiben der Gläubigen in der DDR, da dieses Land auch den Christen gehöre und man es nicht denen überlassen könne, »die Gott nicht kennen«. Allerdings müssten die verantwortlichen Politiker ernsthaft aufgefordert werden, die Ursachen für das Weggehen zu prüfen und zu beseitigen.

Erzbischof *German* sprach zu Ergebnissen und Auswirkungen der seit fünf Jahren andauernden Umgestaltung in der UdSSR für die Kirche wie der bevorstehenden Verabschiedung des neuen Religionsgesetzes.)

An der Synodaltagung nahmen zeitweilig teil die Kulturreferentin der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Gerburg *Thunig-Nittner*,<sup>7</sup> und die Sekretäre der Botschaften der USA bzw. Großbritanniens in der DDR, Dr. *Lipping*<sup>8</sup> und *Morton*.<sup>9</sup>

Als offizielle staatliche Vertreter sind im Auftrag des Staatssekretärs für Kirchenfragen anwesend der Abteilungsleiter im Staatssekretariat für Kirchenfragen, Dr. *Wilke*,<sup>10</sup> und der Sektorenleiter Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Erfurt, *Jordan*.<sup>11</sup>

Erneut ist eine Tagung des BEK durch beachtenswerte Präsenz akkreditierter Korrespondenten insbesondere der Medien der BRD gekennzeichnet. Insgesamt halten sich ca. 15 Korrespondenten aus der BRD, zum Teil mit Team, am Tagungsort auf. Sie vertreten u. a. folgende Medien: ARD, ZDF, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Süddeutsche Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Der Spiegel«, »Westfälische Rundschau«, »Saarbrücker Zeitung«, »Die Zeit«. Vertreten sind ferner dpa und der »Evangelische Pressedienst Deutschlands«.

Der durch Landesbischof *Leich*<sup>12</sup> alleinverantwortlich erarbeitete und am Eröffnungstag vorgetragene »Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) in der DDR«<sup>13</sup> gliedert sich in die vorwiegend innerkirchliche Probleme umfassenden Abschnitte »Nachdenken über unseren Auftrag« (In Beantwortung der Frage, ob die Kirche offen sei für alle und alles, wird u. a. darauf verwiesen, dass die Kirche nicht der Jahrmakel der Möglichkeiten sein könne, jedoch auch bei eindeutigen Widerspruch gegen Ziele und Aktionen von Gruppen ihren Beistand für diejenigen Menschen, die »dabei in Bedrängnis und Gefahr geraten«, nicht versage.) und »Handeln aufgrund des Auftrages im kirchlichen Bereich« (Ausgehend von bekannten Problemstellungen um die Wiedereinweihung des Greifswalder Domes und Angriffen gegen Bischof *Gienke*<sup>14</sup> wird u. a. festgestellt, dass »ein sehr offenes, auf Erhaltung unserer Gemeinschaft abzielendes Gespräch der KKL mit Bischof *Gienke* ... Belastungen aufgehoben hat«.<sup>15</sup> Der Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an Bischof *Gienke* wird als eine »wichtige Aussage über die Fortsetzung des mit dem 6. März 1978 bezeichneten kirchenpolitischen Weges«<sup>16</sup> gewürdigt.<sup>17</sup> Bestätigt wird erneut die »besondere Gemeinschaft« mit der EKD/BRD, und hervorgehoben wird der Wille, »diese in der neuen Situation zu bewähren«.)

Der ausschließlich politisch geprägte dritte Teil des Bischofsberichtes »Handeln aufgrund des Auftrages im politischen Bereich« reflektiert positive Ergebnisse der 40-jährigen Geschichte der Entwicklung der DDR, bevor in ihm aktuelle innenpolitische Aspekte unter Fragestellungen wie »Wo gehen wir hin?« und »Welche Änderungen im Profil unseres Weges bei Beibehaltung der gesellschaftlichen Grundrichtung sind notwendig?« abgehandelt werden.

*Leich* formulierte in diesem Zusammenhang »Notwendigkeiten« wie

- »Wir wollen zu Veränderungen in unserer Gemeinschaft beitragen, die das Leben in ihr anziehend machen.« (»Wir sind der Überzeugung, die Stabilität der DDR ... durch Veränderungen erhalten, aber durch Hinausschieben solcher gefährdet wird.«)
- »Die offene Aussprache über den weiteren innenpolitischen Weg« (mit einer »offenen Medienpolitik« und auch mittels »friedlicher Demonstrationen«)
- »Die unbedingte Erneuerung des Wahlgesetzes der DDR«
- »Die allen Bürgern rechtmäßig zustehende Möglichkeit zu reisen in alle Länder, einschließlich der ständigen Ausreise<sup>18</sup> und der möglicher Rückkehr nach einer solchen«
- »Wirtschaftliche Reformen und Konvertierbarkeit der Währung« (»Die wirtschaftliche Überlegenheit der BRD gewinnt ... in dem Maße eine Anziehungskraft, indem durchaus vorhandene Gegengewichte des Zusammenlebens der Menschen in der DDR vom Einzelnen nicht überzeugend erlebt werden können.«)

Bezugnehmend auf »notwendige Veränderungen in der DDR« erklärte *Leich*: »Wir brauchen jetzt deutliche Zeichen dafür, dass sie begonnen werden.«

Auf die Problematik der Informationsgespräche mit dem Staat eingehend, stellte er resümierend fest, dass sich die Kirche nicht entmutigen lassen werde, zu den Lebensfragen des Volkes zu sprechen, die Fragen und Beiträge der Gemeindeglieder aufzunehmen und die Gemeinden darüber auch zu informieren.

Weiteren Ausführungen *Leichs* zufolge leite sich aus dem Nachdenken über den Auftrag der Kirche und aus dem Handeln im kirchlichen Bereich das »Handeln im politischen Bereich« ab, von dem die Kirche aktuell stark in Anspruch genommen sei, da es »außer uns im Augenblick keine Institution gibt, die öffentlich alles anspricht, was in unserer Gesellschaft vor sich geht«.

Der am ersten Beratungstag zum Hauptthema der Synode abgegebene Bericht zum »Konziliaren Prozess« (Superintendent *Ziemer/Dresden*)<sup>19</sup> und entsprechende Koreferate trugen innerkirchlichen und theologischen Charakter.

Der zweite und dritte Beratungstag der Synode waren durch Diskussionen zum Bericht des Vorsitzenden der KKL, zum Arbeitsbericht des BEK und zu verschiedenen Vorlagen zum Thema der Synodaltagung geprägt. Grundtendenz der Diskussionsbeiträge war die Zustimmung zu den Beschlussinhalten der »Ökumenischen Versammlungen« Dresden und Basel/Schweiz.<sup>20</sup>

Auf realistischen Positionen stehende Synodalen wie Oberkirchenrat Dr. *Petzold/Berlin*,<sup>21</sup> Prof. *Hertzsch/Jena*<sup>22</sup> und Dr. *Nollau/Dresden*<sup>23</sup> versuchten in der Diskussion zum Bericht von Landesbischof *Leich* versachlichend einzuwirken, erzielten jedoch wenig Resonanz und Wirkung. Durch eine Vielzahl auf reaktionären Positionen stehender Synodaler, darunter auch der als Initiator/Inspirator oppositioneller Sammlungsbewegungen/Vereinigungen in Erscheinung tretende Pfarrer *Schorlemmer*,<sup>24</sup> wurden massive Angriffe gegen die Politik von Partei und Regierung der DDR vorgetragen. *Schorlemmer* erklärte, dass sich die DDR in einem »Notstand« befinde, der durch Flucht und Aderlass von Menschen angezeigt werde. Die »zynisch gerechtfertigten Fälschungen der Wahlen zeigten,<sup>25</sup> dass derjenige, der die aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen nicht auf den Tisch der Regierung lege, das Recht verspielt habe, an diesem Tisch zu sitzen«. Die Partei müsse sich daran gewöhnen, dass sie nur ein Teil der Gesamtgesellschaft sei, so wie sich die katholische Kirche habe daran gewöhnen müssen, dass sie nicht die einzige Kirche sei.

Propst *Falcke/Erfurt*<sup>26</sup> nahm Bezug auf die Beteiligung evangelischer Pfarrer an der Bildung und Arbeit »unabhängiger Gruppen« und erklärte, dass die »zum Schweigen gebrachten Menschen« in der Kirche ihre Stimme fänden.

Solche Gruppen brauchten Starthilfen, die ihnen durch Pfarrer geboten werden könnten. Er forderte, dass die Kirche solche Pfarrer für diese »Tätigkeit« freistellen sollte.

Der Synodale Pfarrer *Adolph/Moritzburg*<sup>27</sup> führte aus, dass das Ansehen des Staates nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 bei den Bürgern weiter gesunken und die Vertrauensbasis kleiner geworden sei. In diesem Zusammenhang forderte er dazu auf, die Frage nach der Macht und ihrer Beteiligung zu stellen.

Nach Auffassung des Synodalen *Wächter*,<sup>28</sup> Diplomarchivar Greifswald, habe es in der DDR nie eine »Rechtsfreiheit« und Gleichberechtigung gegeben.

Der Synodale *Frenzel*,<sup>29</sup> Diplommathematiker in Dresden, erklärte sein Nichteinverständnis mit dem Bau des Reinstsiliziumwerkes in Dresden-Gittersee und rief zu Gegenaktionen auf.<sup>30</sup>

Nach vorliegenden Hinweisen zum bisherigen Verlauf der Synode ist einzuschätzen:

- Politische Beratungsinhalte hatten Vorrang.
- Die Beratungen verliefen sehr widersprüchlich; dem Bekenntnis zur 40-jährigen positiven Entwicklung in der DDR stehen Ablehnungsaus: zur aktuellen Politik gegenüber, verbunden mit Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung.
- Deutlich wird in vielen Aussagen eine inhaltliche Übereinstimmung mit bzw. eine Anlehnung an die deutschlandpolitische Konzeption der SPD. Das Grußwort von *Schmude* (vorliegenden internen Einschätzungen zufolge möglicherweise nach der Absage der DDR zum Besuch der SPD-Delegation in der DDR inhaltlich geändert), insbesondere seine deutlichen Aussagen zum »gesamtdesischen« Konzept der SPD und Arbeit westlicher Medienvertreter, haben in diesem Sinne wesentlich unterstützend gewirkt.
- Die im Vor- und Umfeld der Synode auch im kirchlichen Raum von feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräften zur Diskussion gestellten unterschiedlichsten Papiere konzeptionellen Charakters (u. a. der bekannte Aufruf zur Schaffung einer »Bürgerbewegung Demokratie Jetzt«)<sup>31</sup> bzw. solche Schreiben wie der »Brief aus Weimar an die Mitglieder und Vorstände der CDU«<sup>32</sup> prägten ebenfalls die Inhalte von Diskussionsbeiträgen mit und werden, vorliegenden Einschätzungen zufolge, das Entscheidungsverhalten der Synodalen bei der Beschlussfassung der Dokumente der Synodaltagung ebenfalls mit beeinflussen.
- Die im Vorfeld der Synode geleistete umfangreiche differenzierte politische Arbeit staatlicher Organe und gesellschaftlicher Organisationen Einrichtungen und Kräfte mit den Synodalen zeitigte bisher wenig Erfolg und war nicht ausreichend, diese in ihren Auffassungen positiv zu beeinflussen. Als ungünstig wirkte sich diesbezüglich die Absetzung der vorgesehenen Sachgespräche Staat – Kirche aus. (Realistische Synodalen z. B. aus dem Bereich der Evangelischen Landeskirche Greifswald zeigten aus den bekannten Gründen eine deutliche Zurückhalt zur Darlegung ihrer Auffassungen.)
- Das Verhalten vieler Diskussionsredner war im Vergleich zu zurückliegenden Synodaltagungen durch eine deutlicher gewordene Direktheit ihrer Aussagen und Aggressivität ihrer Darlegungen zu politischen Problemen gekennzeichnet.

Nach Beendigung der Synodaltagung erfolgen eine umfassende Darstellung des Verlaufs und eine Einschätzung der Ergebnisse.

1

Jürgen Schmude, Jg. 1936, SPD-Politiker, 1969–94 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1978–81 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981–82 Bundesminister der Justiz, 1982 Bundesminister des Innern, 1985–2003 Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

2

Hans-Gernot Jung, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1978–91 Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

3

Uwe-Peter Heidingsfeld, Jg. 1941, Kirchenjurist, 1980–86 Oberkirchenrat im kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands, 1986–91 Leiter der Berliner Stelle des kirchlichen Außenamtes.

4

German Timofejew, Jg. 1937, russisch-orthodoxer Geistlicher, 1968 Bischofsweihe, 1970–74 Bischof von Wien und Österreich, anschließend von Vilnius und Litauen sowie Tula und Beljow, 1983 Erhebung zum Erzbischof, 1986–90 Erzbischof von Berlin und Mitteleuropa und Exarch des Patriarchen von Mitteleuropa.

5

Joachim Wanke, Jg. 1941, katholischer Theologe, seit 1980 Professor für neutestamentliche Exegese am Seminar in Erfurt, 1980–2012 Bischof des Apostolischen Administrators im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen (seit 1994 Bistum Erfurt).

6

Mit Beginn des Abbaus technischer Grenzsperrn in Ungarn ab Mai 1989 reisten Tausende DDR-Bürger mit Fluchtabsichten nach Ungarn. Während eines »paneuropäischen Picknicks« am 19. August nutzten etwa 600 von ihnen die kurzzeitige Öffnung des Grenzzauns, um über Österreich in die Bundesrepublik zu fliehen, drei Tage später durchbrachen 240 weitere Menschen die Grenze und flohen. In Budapest und am Balaton wurden Flüchtlingslager für die Tausenden DDR-Flüchtlinge eingerichtet. Zeitgleich besetzten Personen, die die DDR verlassen wollten, bundesdeutsche Botschaften in Budapest, Prag, Warschau und Ostberlin, um ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen. Allein in der bundesdeutschen Vertretung in Prag hielten sich zweitweise 4 000 DDR-Bürger auf. Sie konnten nach langwierigen Verhandlungen zwischen

den Außenministern der BRD, DDR, ČSSR und der Sowjetunion in Sonderzügen in die Bundesrepublik ausreisen. Außerdem öffnete Ungarn in der Nacht vom 10. zum 11. September seine Grenzen für DDR-Bürger, daraufhin flohen in den kommenden Wochen etwa 57 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik.

7

Im Original: »Thöning-Nittner«. Gerburg Thunig-Nittner, Jg. 1941, 1968–88 Mitarbeiterin des Bundeskanzleramts (Bereich Deutschland und Berlin), 1988–90 Kulturreferentin der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, 1990–99 Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei und im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

8

Imre Lipping, Jg. 1943, Diplomat, 1957 mit seiner Familie aus Estland über Deutschland in die USA ausgewandert, 1965–85 Offizier beim militärischen Nachrichtendienst DIA, 1985–2006 Mitarbeiter des US-State-Departments, 1987–90 2. Sekretär der politischen Abteilung der US-Botschaft in Ostberlin, Mitarbeiter der CIA-Residentur.

9

Ralph Morton, Jg. 1955, Diplomat, 1979–2004 im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig, 1987–91 3. Sekretär der britischen Botschaft in der DDR, verantwortlich für die Bereiche Menschenrechte, Kirchenangelegenheiten sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

10

Hans Wilke, Jg. 1932, SED-Funktionär, seit 1958 Mitarbeiter in der Dienststelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen, zuletzt als Leiter der Abteilung II, zuständig für die Evangelische Kirche.

11

Hans Jordan, SED-Funktionär, war zwischen Januar 1983 bis Juli 1989 Sektorenleiter für Kirchenfragen bei der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Erfurt.

12

Werner Leich, Jg. 1927, evangelischer Theologe, 1978–82 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1986–90 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR.

13

Der hier erwähnte Bericht von Landesbischof Leich ist archiviert in: Evangelisches Zentralarchiv 101/5370.

14

Horst Gienke, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1972–89 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswald, 1987–89 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union (EKU) in der DDR. Kam wegen seiner SED-nahen Amtsführung immer stärker unter Druck.

15

Nach siebenjähriger Grundsanierung wurde am 11.6.1989 der siebenhundert Jahre alte Greifswalder Dom St. Nikolai mit einem Festgottesdienst wiedereingeweiht. Das Prestigeprojekt war in der Mecklenburger Landeskirche hoch umstritten. Zum einen bemängelten viele Kirchenmitglieder die hohen Kosten der Sanierung, während kleinere Kirchenhäuser verfielen. Den Großteil der Gelder hatte die bundesdeutsche Krupp-Stiftung beigesteuert, ein Fünftel der Kosten trug das staatliche Institut für Denkmalpflege der DDR. Zum anderen galt das Vorhaben als Sinnbild für die enge Kooperation zwischen Landeskirche und Staat (»Greifswalder Weg«). Besonders die Einladung Erich Honeckers zum Festgottesdienst, die der Landesbischof Horst Gienke ohne Rücksprache mit Synode und Kirchenleitung arrangiert hatte, löste heftige Proteste aus. Es war die erste Teilnahme des SED-Chefs an einer größeren Kirchenveranstaltung und sein letzter großer öffentlicher Auftritt vor seinem Sturz am 18. Oktober 1989. Vgl. Frank, Rahel: Einsam oder gemeinsam? Der »Greifswalder Weg« und die DDR-Kirchenpolitik 1980 bis 1989. Schwerin 2016, S. 287–313.

16

Gemeint ist das am 6.3.1978 stattgefundenere Treffen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit führenden Vertretern der Evangelischen Kirchen in der DDR, auf dem die Grundlagen für eine konstruktive weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gelegt wurden. Zum Inhalt dieser Zusammenkunft siehe Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 243–246.

17

Im »Neuen Deutschland« wurde am 18.7.1989 ein Briefwechsel zwischen Erich Honecker und Horst Gienke veröffentlicht. Gienke dankte in seinem Schreiben Honecker für seine Anwesenheit und Ansprache anlässlich der Einweihung des Greifswalder Domes und für die Übertragung der Einweihung im DDR-Fernsehen. Zugleich distanzierte sich der Bischof von kritischen Beiträgen in kirchlichen Zeitungen über den Festakt. In seinem Antwortschreiben versicherte Honecker, dass bei klarer Trennung von Kirche und Staat alle Bürger »gleichberechtigt, gleichverpflichtet unsere sozialistische Heimat mitgestalten können«. Ähnlich wie die Einladung zur Domweihe löste auch dieser Briefwechsel heftige Kritik innerhalb der Kirche aus. Siehe: Verbunden in angestrenzter guter Arbeit für das Wohl der Bürger der DDR. In: ND v. 19.7.1989, S. 1.

18

Ein Antrag auf ständige Ausreise war ein Auswanderungsersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen

der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen.

19

Christof Ziemer, Jg. 1941, evangelischer Theologe, ab 1980 Pfarrer an der Kreuzkirche und Superintendent des Kirchenbezirks Dresden-Mitte, 1988/89 Vorsitzender des Präsidiums der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR«.

20

Die »Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR« war eine Veranstaltung des »Konziliaren Prozesses«, der auf Initiative der DDR-Delegation aus der Vollversammlung des Weltkirchenrates im Jahr 1983 hervorging. Auf drei Vollversammlungen (Februar 1988 und April 1989 in Dresden sowie Oktober 1988 in Magdeburg) berieten Delegierte der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (vgl. Aktion Sühnezeichen, Pax Christi (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden. Eine Dokumentation. Berlin 1990; Ökumenische Versammlung in Dresden. In: Evangelischer Pressedienst: Dokumentation. Ein Informationsdienst Nr. 21/1989; Diskussionspapiere der Ökumenischen Versammlung. In: Evangelischer Pressedienst: Dokumentation. Ein Informationsdienst Nr. 52/1988). Die Europäische Ökumenische Versammlung »Frieden in Gerechtigkeit« kam 1989 auf Einladung der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der römisch-katholischen Bischofskonferenzen Europas in Basel zusammen. Zu den Beratungen und Ergebnissen siehe: Konferenz Europäischer Kirchen (Hg.): Frieden in Gerechtigkeit. Die offiziellen Dokumente der Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel. Basel 1989.

21

Ernst Petzold, Jg. 1930, evangelischer Theologe und Oberkirchenrat, 1976–91 Direktor des Diakonischen Werks der DDR, 1988–92 Präsident des Internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie.

22

Klaus-Peter Hertzsch, Jg. 1930, evangelischer Theologe, seit 1973 Professor für Praktische Theologie an der Theologischen Sektion der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1979–84 Direktor der Theologischen Sektion, 1978–90 Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

23

Volker Nollau, Jg. 1941, Mathematiker und Politiker, langjähriger Vorsitzender des Finanzausschusses in der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen.

24

Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Theologe, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Pfarrer der Schlosskirche in Wittenberg, im Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

25

Die »Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen«, kurz: Kommunalwahlen, fanden am 7.5.1989 statt. Das offizielle Ergebnis lautete: 98,85 % Zustimmung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front (Einheitsliste) bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 %. Bürgerrechtlern, die die unfreien Wahlen schon vorab kritisiert hatten, gelang es, Manipulationen und Wahlfälschungen in zahlreichen Wahlbüros aufzudecken und öffentlich zu machen. Die Vorgänge rund um die Kommunalwahlen waren wichtige Impulse für die Friedliche Revolution.

26

Heino Falcke, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1973–94 Propst in Erfurt, 1975–87 Vorsitzender des Ausschusses »Kirche und Gesellschaft« beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, trat für ökologische Reformen ein und galt als ein Inspirator der oppositionellen Umweltbewegung, 1983 Mitbegründer des Konziliaren Prozesses, der 1988/89 zu drei großen ökumenischen Versammlungen unter Einbindung zahlreicher Oppositioneller führte, Vorsitzender des Runden Tisches in Erfurt.

27

Roland Adolph, Jg. 1946, evangelischer Theologe, 1977–85 Gemeindepfarrer in Struppen bei Pirna, anschließend Gemeindepfarrer in Neustadt, seit 1988 Rektor des Diakoniehause Moritzburg, 1978–94 Mitglied der Landessynode Sachsen.

28

Joachim Wächter, Jg. 1926, Archivar und Historiker, 1953–69 Leiter des Landesarchivs Greifswald, Initiator des Greifswald-Stralsunder Jahrbuchs und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 1969–74 Abteilungsleiter im Landesarchiv, anschließend

Leiter des Landeskirchlichen Archivs.

29

Michael Frenzel, Jg. 1961, Mathematiker, seit 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter am wissenschaftlich-technischen Zentrum der Holzverarbeitenden Industrie, Stadtjugendwart in Dresden.

30

Im Mai 1987 beschloss das SED-Politbüro den Bau eines Reinstsiliziumwerkes in Dresden Gittersee. Das Werk auf dem Gelände eines Uranförderschachts der Wismut sollte das für die Chipherstellung notwendige polykristalline Silizium produzieren und den Wismut-Kumpeln eine neue Arbeitsstätte bieten. Aus Angst vor Umweltbelastungen direkt im Stadtgebiet führte das Vorhaben bei Dresdner Bürgern zu erheblichen Widerständen. Umweltaktivisten, Kirchenvertreter und Anwohner schrieben Eingaben, veranstalteten Informationsversammlungen und organisierten Demonstrationen. Siehe Urich, Karin: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90. Köln u. a. 2001, S. 121–138.

31

Mit dem »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« gründeten Mitglieder der Gruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« um Stephan Bickhardt, Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß und Ulrike Poppe am 12.9.1989 die Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«. Die Aktivisten strebten ganz bewusst keine Registrierung als Vereinigung oder Partei an, sondern verstanden sich als außerstaatliches Dialogforum mit minimalen Organisationsstrukturen. Im Mittelpunkt stand die Demokratisierung aller Lebensbereiche mit parlamentarischen und basisdemokratischen Elementen. Anfang 1991 ging »Demokratie Jetzt« zusammen mit Teilen des »Neuen Forums« und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« in der Partei Bündnis 90 auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratie Jetzt. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98. Der »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« v. 12.9.1989 ist abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989, S. 59–61. Siehe auch Information [416/89](#).

32

Mit dem »Weimarer Brief« bzw. dem »Brief aus Weimar« wandten sich die vier CDU-Mitglieder und Kirchenmitarbeiter Martina Huhn, Martin Kirchner, Christine Lieberknecht und Gottfried Müller an die Mitglieder und Vorstände der Ost-CDU. In ihrem offenen Brief, der in kirchlichen Kreisen und der Westpresse schnell bekannt wurde, beschrieben die Verfasser in 30 Punkten die Krise der DDR, sie forderten zugleich mehr Kompetenzen und Macht für ihre Partei innerhalb des »Demokratischen Blocks«, mehr Transparenz und vor allem eine Wahlrechtsreform. Der »Brief aus Weimar« v. 10.9.1989 ist abgedruckt in: Neubert, Ehrhart: Der Brief aus Weimar. Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989. Sankt Augustin, Berlin 2014, S. 21. Siehe auch Bericht K 3/105.